Entschließungsantrag
der Abgeordneten Abling, Mag. Fuhrmann, MAG. UNTERREINER, DR. ZUNGGLKolleginnen und Kollegen

betreffend „Büchereiförderung Neu“ und Masterplan für Öffentliche Büchereien


Lesen dient nicht nur der Bildung, Information und Unterhaltung, sondern ist auch die Grundvoraussetzung, um sich in der beruflichen, wirtschaftlichen und insbesondere der politischen, letztlich aber auch in der heutigen digitalen Welt zurechtzufinden und die Angebote der Informationsgesellschaft nutzen zu können. Auch zur Persönlichkeitsbildung und zur Anfertigung von Lesekompetenz und Freude am Lesen tragen Büchereien wesentlich bei. Sie sind damit nicht nur ein unverzichtbarer Teil der Wissensgesellschaft, sondern auch Teil eines demokratischen Zugangs zu Information und müssen als Teil des öffentlichen Bildungssystems und Kulturangebots begriffen werden.

Förderrichtlinien vergeben. In der Folge soll nun ein Masterplan zur mittel- und langfristigen Entwicklung der Öffentlichen Büchereien erstellt werden, der die bundesweite flächendeckende Versorgung mit Literatur und Information für alle Österreicher und Österreichnerinnen zum Ziel hat. Der Masterplan soll jedenfalls die Strukturen des Öffentlichen Büchereiwesens analysieren, die Aufgaben von Öffentlichen Büchereien definieren und Strategien und Empfehlungen für die Büchereiwicklung formulieren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**Entschließungsantrag**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur wird ersucht
- die Öffentlichen Büchereien als integralen Bestandteil des Bildungssystems und Kulturangebotes sowie als größte außerschulische Bildungs- und Leseförderungseinrichtung bei den Maßnahmen zur Leseförderung zu berücksichtigen, und
Weiteres wird die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur ersucht, dem Kulturausschuss des Nationalrats im Frühjahr 2012 über die Entwicklung der „Büchereiförderung Neu“ seit 2010 und den Stand der Arbeiten am Masterplan zu berichten."

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Kulturausschuss vorgeschlagen.*